

Generationengerechtigkeit

Als Gewerkschaft setzt sich die dbb jugend seit jeher für die Interessen von Arbeitnehmenden und Beamt*innen ein, unabhängig von Alter, Geschlecht oder sozialem Hintergrund. In diesem Zusammenhang spielt das Thema Generationengerechtigkeit eine wichtige Rolle. Generationengerechtigkeit betrifft nicht nur die gegenwärtigen, sondern auch die zukünftigen Generationen von Arbeitnehmenden sowie Beamt*innen. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit dem einhergehenden Fachkräftebedarf und allen damit verbundenen Herausforderungen für die Gesellschaft kommt dem Thema „Generationengerechtigkeit“ dementsprechend eine besondere Bedeutung zu.

Für die dbb Jugend bedeutet Generationengerechtigkeit eine angemessene Absicherung der Arbeitnehmenden des öffentlichen Dienstes in allen Lebensphasen. Eine solche Absicherung muss gefördert werden, dies gilt insbesondere für die Alterssicherung, denn auch im öffentlichen Dienst werden immer mehr Menschen in Rente/Pension gehen und auf eine ausreichende Altersversorgung angewiesen sein.

Um Generationengerechtigkeit zu erreichen, müssen verschiedene Maßnahmen in sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen sowie ökologischen Bereichen ergriffen werden.

Aus Sicht der dbb jugend sind die drei folgenden sozialen, finanziellen, wirtschaftlichen und ökologischen Punkte dabei besonders wichtig:

1. Duales System aus Sozialversicherung und beamtenrechtliche Sicherungssysteme updaten!

Der Grundgedanke, der dem bestehenden dualen System aus Sozialversicherung und beamtenrechtlichen Sicherungssystem zugrunde liegt, ist nach wie vor richtig. Die Sozialversicherungen als gesetzliche Pflichtversicherungen sichern nach dem Solidaritätsprinzip Risiken ihrer Mitglieder wie Arbeitslosigkeit effektiv ab. Die beamtenrechtlichen Sicherungssysteme hingegen werden aus Haushaltsmitteln der Dienstgebenden finanziert und garantieren denjenigen, die ihr Berufsleben

lang in besonderer Stellung der Allgemeinheit dienen, eine umfassende Absicherung. Über die Jahre haben sich allerdings Elemente in diese für sich funktionsfähigen Systeme eingeschlichen, wie beispielsweise eine höhere Altersgrenze für den Renteneintritt oder die Absenkung des Höchstversorgungssatzes von 75 % auf 71,75 %, die sich massiv zum Nachteil der jungen Generation auswirken.

Diese Elemente im dualen System aus Sozialversicherung und beamtenrechtlichen Sicherungssystemen erzeugen eine Diskrepanz zwischen den Generationen, was zu einer zusätzlichen Belastung von jungen Arbeitnehmenden und Beamt*innen führt. Die dbb jugend setzt sich aktiv dafür ein, dass diese Elemente im dualen System überprüft und reformiert werden, um eine bessere Generationengerechtigkeit zu erreichen.

Darüber hinaus ist es von großer Bedeutung sicherzustellen, dass eine dauerhafte Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme durch die Solidargemeinschaft gewährleistet wird, damit Leistungszusagen an die Beschäftigten, seien es Versorgungsansprüche, Rentenanwartschaften oder Garantieleistungen aus Zusatzversorgungssystemen, mit Sicherheit erfüllt werden können und die Beschäftigten auf diese Zusagen vertrauen können. Dies erfordert eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Belastungen und eine langfristige Planung, um den Schutz und die Absicherung aller Generationen zu gewährleisten. Etwaige Finanzierungslücken sind durch einseitig erhöhte Arbeitgebendenbeiträge übergangsweise zu füllen.

Im Bereich der beamtenrechtlichen Versorgungssysteme sind die Haushalte der Arbeitgebenden entscheidend. Diese müssen nachhaltig und solide sein, um die beamtenrechtlichen Versorgungssysteme dauerhaft sicherstellen zu können. Dazu ist es nötig, dass sich der Staat neben der Konzentration auf seine Kernaufgaben auch das Thema Digitalisierung und den Aufbau eines modernen Staates fokussiert und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einzelfallgerechtigkeit und bürokratischem Aufwand schafft. Immer neue Leistungen und Wahlkampfgeschenke wirken sich mehrfach negativ auf die Haushalte aus: Durch den Personalbedarf, den sie generieren, durch die zusätzlichen Haushaltsmittel, die mit der Umsetzung verbunden sind und mit den Pensionslasten, die durch den oben genannten zusätzlichen Personalbedarf entstehen.

2. Schuldenbremse – Verpflichtung und Verantwortung zugleich

Die Schuldenbremse stellt eine wichtige Verpflichtung und Verantwortung dar, wenn es um die langfristige Finanzierbarkeit der öffentlichen Daseinsvorsorge geht. Die Einhaltung der Schuldenbremse erfordert eine strategische Herangehensweise und eine sorgfältige Planung der finanziellen Ressourcen. Es gilt, die Ausgaben im Einklang mit den Einnahmen zu halten und langfristige Perspektiven zu berücksichtigen. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, dass die Generationengerechtigkeit gewährleistet wird.

Die Schuldenbremse ist somit nicht nur eine rechtliche Verpflichtung, sondern auch eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Es geht darum, die finanzielle Stabilität zu wahren und gleichzeitig die sozialen Verpflichtungen gegenüber den Beschäftigten zu erfüllen. Dazu gehört aber auch, dass der öffentliche Dienst weiterentwickelt und für künftige Generationen fit gemacht wird.

3. Effektive Fachkräfteeinwanderung sicherstellen

Um sicherzustellen, dass die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt und die Bedürfnisse aller Generationen erfüllt werden können, ist es von elementarer Bedeutung qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Fachkräftebedarf im öffentlichen Dienst ist ebenso wie in der freien Wirtschaft enorm.

Dafür braucht es ein klares und transparentes Einwanderungssystem, das die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, der Arbeitgebenden und der Arbeitnehmenden gleichermaßen berücksichtigt. Ein effektives System bei der Fachkräfteeinwanderung muss es Arbeitgebenden erleichtern, qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu rekrutieren. Gleichzeitig muss Fachkräften ein klarer und fairer Weg in den deutschen Arbeitsmarkt geboten werden.

Damit dies gelingt, müssen ausländische Berufsabschlüsse zukünftig schneller und unkompliziert anerkannt werden. Der lange Prozess der Anerkennung und die nicht selten fehlende Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen verhindert die Integration von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt.

Zu einer effektiven Fachkräfteeinwanderung gehört aus Sicht der dbb jugend allerdings auch, eine gute Integrationsmöglichkeit für die Fachkräfte. Dazu gehört Sprachförderung genauso wie Unterstützung bei der Wohnungssuche oder bei Behördengängen.

Fachkräfte aus dem Ausland tragen nicht nur dazu bei, den Fachkräftemangel zu lindern, eine effektive Fachkräfteeinwanderung kann dazu beitragen, die finanzielle Belastung der alternden Bevölkerung zu reduzieren z. B. durch eine Sicherung der Sozialsysteme.

Zur Generationengerechtigkeit gehört, mit einer effektiven Fachkräfteeinwanderung die Wirtschaft zu stärken, die Sozialsysteme zu entlasten und den potenziellen Bewerbendenpool für den öffentlichen Dienst zu erweitern.

4. Ökologisch nachhaltig agieren

Eine generationengerechte Politik muss die ökologische Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellen und sicherstellen, dass der nachfolgenden Generation eine intakte Umwelt und Lebensraum hinterlassen wird. Nur dann hat die folgende Generation eine Zukunft.

Um diese Ziele zu erreichen, muss sich auf verschiedene Maßnahmen konzentriert werden:

- *Förderung nachhaltiger Mobilität:* Die Nutzung von umweltfreundlichen Verkehrsmitteln wie z. B. ÖPNV oder Fahrräder muss gefördert werden.
- *Förderung von erneuerbaren Energien und Reduzierung der Emissionen:* Den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung beschleunigen und die Emissionen von Treibhausgasen deutlich reduzieren, um den Klimawandel zu bekämpfen.
- *Naturschutz:* Die biologische Vielfalt muss erhalten und gefördert werden, natürliche Ökosysteme geschützt und wiederhergestellt werden.
- *Green-IT:* Reduzierung des Papierverbrauchs, Einsatz energieeffizienter Technik und Verwendung von Strom aus erneuerbaren Energien im Zuge der Digitalisierung.